KMU und Arbeitsplatzdynamik: Eine Analyse auf Basis der Beschäftigten-Historik-Datei

Thomas K. Bauer*
(RWI Essen, Ruhr-Universität Bochum und IZA, Bonn)

Alexandra Schmucker
(FDZ des IAB, Nürnberg)

und

Matthias Vorell
(RWI Essen)

Zusammenfassung
In diesem Beitrag wird die Grundgesamtheit der in der Beschäftigtenhistorik-Datei des IAB erfassten Betriebe zur Analyse der Beschäftigungsdynamik in Betrieben unterschiedlicher Größe verwendet. Damit werden erstmals alle Sektoren der Wirtschaft in einer derartigen Analyse abdeckt. Die Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2005 etwa 69,6% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betriebe mit unter 250 Beschäftigten tätig waren. Es zeigt sich weiterhin, dass überwiegend kleinere und mittlere Betriebe zur Reallokation von Arbeitsplätzen beitragen und somit für die effiziente Allokation des Faktors Arbeit eine wichtige Rolle einnehmen. Die Resultate lassen jedoch an der Hypothese zweifeln, dass insbesondere kleinere und mittlere Betriebe den Beschäftigungsmotor der deutschen Volkswirtschaft darstellen. So nahm im Zeitraum von 2002 bis 2005, gekennzeichnet durch eine schwache Binnenkonjunktur, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in westdeutschen Großbetrieben um 1,19% ab. Für alle anderen Segmente der Betriebspopulation zeigen sich – relativ betrachtet – höhere Rückgänge der Beschäftigung.

Korrespondenz an:
Prof. Dr. Thomas K. Bauer
Mitglied des Vorstands
RWI Essen
Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen

e-mail: bauer@rwi-essen.de

* Thomas Bauer dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des DFG Schwerpunktprogramms „Flexibilisierungspotentiale bei heterogenen Arbeitsmärkten“ (SPP 1169).

Gliederung

1. Einleitung 2

2. Daten und Methodik 4
2.1 Datenbasis 4
2.2 Abgrenzung von KMU 5
2.3 Indikatoren zur Messung des Beschäftigungsbeitrags von KMU 7

3. Empirische Ergebnisse 10
3.1 Der Beschäftigungsanteil kleiner und mittlerer Betriebe 10
3.2 Größenspezifische Beschäftigungsgewinne- und Verluste 13
3.3 Der Beschäftigungsbeitrag von Gründungen 18

4. Fazit 20

Literatur 21

1. Einleitung

Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion herrscht seit Beginn der 1980er Jahre die Sichtweise vor, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) den Beschäftigungsmotor einer Volkswirtschaft darstellen.[1] Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Längsschnittdaten von Betrieben und Unternehmen und den mit diesen Daten gewonnenen neuen Erkenntnissen wird seit Beginn der 90er Jahre diese Sichtweise, die in der entsprechenden Diskussion auch unter dem Begriff „Mittelstandshypothese“ firmiert, jedoch zunehmend in Frage gestellt (Brown et al. 1990, Harrison 1994a, 1994b, Davis et al. 1996a, 1996b, Davidsson und Delmar, 1998).

Neben dem Beschäftigungsargument werden KMU als wichtiger Faktor für die effiziente Allokation der Produktionsfaktoren und damit für die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft angesehen (Schumpeter, 1934, 1942; Kirzner 1997). Nach Schumpeter agiert der Unternehmer als schöpferischer Zerstörer. Er nutzt sich bietende unternehmerische Gelegenheiten, beeinflusst somit Marktaktivitäten anderer Unternehmen, die sich entweder anpassen oder aber aus dem Markt ausscheiden. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht besteht folglich ein Interesse an einer möglichst hohen Befähigung der Gesellschaft, unternehmerische Gelegenheiten zu schaffen, zu erkennen und auszuschöpfen. Gründungen und Liquidationen sind zentrale Elemente der „schöpferischen Zerstörung“, spiegeln sie doch Extremformen der Reallokation von Ressourcen wieder. Je geringer die Marktzutritts- und –austrittsbeschränkungen sind, um so eher entsteht Wettbewerbsdruck von „unten“. Dabei wird argumentiert, dass gerade KMU diesen Prozess der schöpferischen Zerstörung tragen.

Wirtschaftspolitisch hat die Diskussion um die Bedeutung der KMU für die Beschäftigung und die wirtschaftliche Entwicklung eine erhebliche Bedeutung, da sie häufig zur Legitimation vielfältiger wirtschaftspolitischer Eingriffe herangezogen wird. Diese Eingriffe umfassen nicht nur eine Vielzahl von Programmen der direkten Mittelstandsförderung auf verschiedenen Ebenen (EU, Bundes-, Länder und kommunale Ebene) in Form von bspw. Investitionshilfen, FuE-Förderung, Beratungs- und Weiterbildungsprogrammen, Bürgschaften und verschiedenen Formen der Gründungsförderungen, sondern auch indirekten Maßnahmen in Form von Gesetzen und Regulierungen, wie bspw. Schwellenwerten beim Kündigungsschutz und der Mitbestimmung oder steuerlichen Maßnahmen, die insbesondere KMU fördern.

[1] Vgl. z.B. Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD, S. 21, „…Höhere Investitionen im Mittelstand sind besonders wichtig, weil der Mittelstand rund 70% der Arbeitsplätze stellt. Ohne Überwindung der Investitionsschwäche kann er seine traditionelle Rolle als Wachstums- und Beschäftigungsmotor nicht wieder übernehmen.“

Für die Überprüfung der Sichtweise von KMU als Beschäftigungsmotor werden in der Regel zwei verschiedene Formen von Analysen durchgeführt. Die erste Gruppe empirischer Studien stützt sich auf die Analyse der Aufteilung der gesamten Beschäftigungsgewinne und -verluste sowie den daraus resultierenden Nettobeschäftigungsgewinnen auf KMU und Großunternehmen. Dabei finden Studien auf Basis von Betriebs- oder Unternehmensdaten für KMU üblicherweise einen hohen Anteil sowohl an den Beschäftigungsgewinnen als auch den -verlusten. Daraus ließe sich der Schluss ziehen, dass KMU in erheblichem Maße zur Reallokation der Beschäftigung beitragen (Engel et al. 2004). Der überragende Beitrag der KMU zur Reallokation der Beschäftigung ist jedoch – trotz der Bedeutung für die effiziente Allokation des Faktors Arbeit – ein Aspekt, der für sich genommen kein Gegenstand der Sichtweise ist, dass gerade KMU neue Arbeitsplätze schaffen. Für die Gültigkeit der Sichtweise von KMU als Beschäftigungsmotor würde jedoch sprechen, wenn sich ein überdurchschnittlicher Anteil der KMU an der Nettobeschäftigungsveränderung zeigen würde.

Das zweite Segment an Analysen befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Arbeitsplatzdynamik innerhalb einer Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenklasse. Im Gegensatz zum oben genannten Vorgehen werden die Beschäftigungsgewinne, -verluste und die Nettobeschäftigungsveränderung einer Größenklasse auf die Beschäftigung der entsprechenden Größenklasse bezogen. Sofern das Verhältnis aus Nettobeschäftigungsveränderung zur Beschäftigung für KMU höhere Werte annimmt als für größere Unternehmen, würde dies auf ein - relativ betrachtet – höheres Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze von KMU hindeuten. Ein solcher Befund könnte als Hinweis für die Gültigkeit der Mittelstandshypothese interpretiert werden.

Die vorliegende empirische Evidenz für Deutschland stellt die Sichtweise der überragenden Bedeutung von KMU für die Erhöhung der Nettobeschäftigung jedoch in Frage. Unter Verwendung von Längsschnittdaten für niedersächsische Industriebetriebe findet Wagner (1994, 1997) keinen systematischen Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und Betriebsgröße. Zu ähnlichen Befunden kommen Wagner (2002) für Industriebetriebe in Mecklenburg-Vorpommern, Turk (2002) für Industriebetriebe in Rheinland-Pfalz und Strotmann (2000) für baden-württembergische Industriebetriebe. Als jüngste Studie betrachtet Wagner (2007) die Gesamtheit aller Industriebtriebe in Westdeutschland mithilfe eines neu verfügbaren Betriebspaneldatensatzes. Diese Arbeiten können jedoch dahingehend kritisiert werden, dass sie sich aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten nur auf einzelne Branchen und/oder Regionen konzentrieren und damit deren Repräsentativität angezweifelt werden kann. So konzentrieren sich die oben genannten Studien auf Betriebe im verarbeitenden Gewerbe. Damit wird jedoch der Dienstleistungssektor vernachlässigt, der gerade im derzeitigen Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft stetig an Bedeutung gewinnt und in dem gerade KMU eine dominante Rolle spielen. Es besteht damit die Möglichkeit, dass die existierenden Studien für Deutschland den Beschäftigungsbeitrag von KMU unterschätzen.

Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Beitrag die Rolle von KMU für die Beschäftigungsdynamik in Deutschland auf Basis der Grundgesamtheit der Beschäftigten-Historik-Datei des IAB für den Zeitraum von 1993 bis 2005. Da der verwendete Datensatz die Gesamtheit aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abbildet, sind damit erstmals repräsentative Angaben zum größenklassenspezifischen Muster der Nettobeschäftigungsbeiträge von Betrieben unterschiedlicher Größe möglich. Die Arbeit gliedert sich wie folgt: Der folgende Abschnitt erläutert die verwendete Abgrenzung von KMU, beschreibt den verwendeten Datensatz und stellt die Indikatoren vor, die zur Beschreibung der Arbeitsplatzdynamik in Betrieben unterschiedlicher Größe herangezogen werden. Die empirischen Ergebnisse werden in einem dritten Abschnitt dargestellt bevor ein abschließender vierter Abschnitt die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammenfasst.

2. Daten und Methodik

2.1 Datenbasis

Für die Analyse der Beschäftigungsbeitrags von Betrieben unterschiedlicher Größe wird ein für diese Arbeit eigens erstellter Mikrodatensatz aus der Grundgesamtheit der Beschäftigten-Historik-Datei verwendet, der den Zeitraum von 1993 bis 2005 umfasst und Informationen zu den tatsächlichen An-, Ab- und Jahresmeldungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereit stellt.[2] Dieser Datensatz wurde aus der Beschäftigten-Leistungsempfänger-Historik (BLH) (vgl. Meinken und Koch 2004) generiert. Bei der der Analyse des Beschäftigungsbeitrags von kleineren und mittleren Betrieben differenzieren wir zwischen Betrieben in West- und Ostdeutschland, wobei Berlin komplett Ostdeutschland zugeschlagen wurde. Für die folgende empirische Analyse wurden die zum 30.6. des jeweiligen Jahres gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter Verwendung der im Datensatz enthaltenen Betriebsnummern auf Betriebsebene aggregiert. Bei mehreren Meldungen für eine Person, wurde im Zweifelsfall das Beschäftigungsverhältnis mit dem höchsten Tagesentgelt ausgewählt. Zur Berechnung der Anzahl der Beschäftigten in einem Betrieb wurden alle Meldungen für regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Auszubildende, Praktikanten und Werkstudenten berücksichtigt.

Die Definition eines Betriebes erfolgte über die Betriebsnummer in der Beschäftigtenhistorik. Teilweise sind jedoch unter einer Betriebsnummer mehrere Niederlassungen zusammengefasst. Zudem kann sich unter gewissen Umständen die Betriebsnummer im Laufe der Zeit ändern. Daraus ergeben sich zwei Unschärfen: zum einen kennzeichnet nicht jede neue Betriebsnummer eindeutig eine Neugründung, zum anderen kommt es zu einer Untererfassung der tatsächlichen Betriebsstätten.[3] Betriebe, die keine gültige Betriebsnummer, keinen gültigen Wirtschaftszweig oder keinen gültigen Arbeitsort aufwiesen wurden nicht berücksichtigt. Jeder Betrieb hat für jedes Jahr, in dem er am 30.06. mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besitzt, einen Spell. Lücken in der Betriebshistorie werden, sofern sie nicht als Schließungen identifiziert werden, mit künstlichen Spells aufgefüllt.

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird unter anderem die Rolle von Betriebsgründungen für die Beschäftigungsdynamik analysiert. Eine Betriebsgründung wird dabei unterstellt, wenn eine Betriebsnummer in einem Querschnittsjahr neu erscheint und in den drei vorangegangenen Jahren nicht in der Datei vorhanden war, oder eine Beschäftigung von null aufwies. Darüber hinaus stellen wir für Betriebsgründungen die Anforderung, dass in einem derartigen Betrieb im ersten Jahr höchstens 20 Beschäftigte gemeldet waren. Durch diese Vorgehensweise kann wenigstens ansatzweise eine Unterscheidung von Neu- und Ausgründungen vorgenommen werden. Eine ähnliche Analyse der Rolle von Betriebsschließungen war mit dem vorliegenden Datensatz nicht möglich, da bei der Betrachtung von Betriebsschließungen zwei Probleme auftreten. Zum einen existiert kein offizielles Merkmal, dass ein Betrieb in Insolvenz gegangen ist. Man könnte hilfsweise einen Betrieb als insolvent definiert, wenn er in drei aufeinander folgenden Jahren nicht mehr im Datensatz auftaucht, oder eine Beschäftigung von Null aufweist. Jedoch ergibt sich ein zweites Problem aus datenschutzrechtlichen Bestimmungen, da bei einer zu geringen Fallzahl eine Beobachtung anonymisiert wird. Davon ausgehend, dass Betriebe im Zeitraum vor der endgültigen Schließung oft einen massiven Beschäftigungsabbau betreiben, trifft diese Anonymisierung insbesondere die Analyse von Betriebsschließungen.

Da der Datensatz die Grundgesamtheit aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abbildet, sind verlässliche, insbesondere aber repräsentative Angaben zum

[2] Für weiterführende Information und Zugangsmöglichkeiten zu diesem Datensatz siehe Dundler et al. (2006).

[3] Für eine weitergehende Auseinandersetzung mit dieser Problematik wird auf Brixy und Fritsch (2002) verwiesen.

größenklassenspezifischen Muster der Nettobeschäftigungsbeiträge möglich. Die Konzentration auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte führt jedoch potentiell zu verzerrten Schätzungen des Beschäftigungsbeitrags von KMU. Ausgehend vom Beschäftigungskonzept der Bundesagentur für Arbeit werden insbesondere Selbständige nur erfasst, wenn sie bei ihrem eigenen Unternehmen angestellt sind und damit Sozialabgaben abführen.[4] Dies trifft jedoch in der Regel nur auf eine Minderheit der Selbständigen zu. Gerade in Dienstleistungssektoren, welche geringere Markteintrittsgrößen erfordern, sind ein überwiegender Teil der Selbständigen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sowie (versicherungsfrei) mithelfende Familienangehörige beschäftigt. Folglich ist gerade in Dienstleistungssektoren eine deutliche Untererfassung der Betriebe und deren Beschäftigten bei Verwendung der Betriebsdaten der Bundesagentur für Arbeit zu vermuten. Geht man davon aus, dass die Mehrzahl der Selbständigen in kleinen und mittelgroßen Unternehmen arbeitet, wird der Beschäftigungsbeitrag von KMU durch die ausschließliche Betrachtung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter tendenziell unterschätzt. Diese Verzerrung wird durch die fehlende Erfassung von mithelfenden Familienangehörigen in der Beschäftigten-Historik-Datei weiter verstärkt.

Tabelle 1

Anzahl der Betriebe und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West- und Ostdeutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
1994	1.664.379	21.133.296	466.422	6.076.438
1995	1.676.784	20.755.592	484.718	6.032.793
1996	1.691.098	20.545.220	491.972	5.919.088
1997	1.695.975	20.304.158	493.717	5.713.305
1998	1.704.644	20.212.314	518.089	5.559.861
1999	1.750.606	20.399.594	553.394	5.556.385
2000	1.780.029	20.831.384	546.788	5.541.576
2001	1.786.613	21.111.380	524.937	5.396.330
2002	1.776.811	21.011.240	506.770	5.184.731
2003	1.756.623	20.719.700	494.018	5.012.394
2004	1.732.139	20.455.376	481.242	4.898.339
2005	1.722.585	20.099.900	471.704	4.749.644

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Tabelle 1 zeigt die Anzahl der Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auf Basis derer die empirische Analyse im folgenden Abschnitt durchgeführt wurde. Über den Zeitraum von 1994 bis 2005 wurden im Durchschnitt Informationen von jährlich 2,2 Mio. Betrieben (davon 1,7 Mio. Betriebe in West- und 500 Tsd. Betriebe in Ostdeutschland) verarbeitet, in denen zum 30.6. jedes Jahres im Durchschnitt 26,1 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet waren (davon im Durchschnitt 20,6 Mio. in West- und 5.5 Mio. in Ostdeutschland).

2.2 Abgrenzung von KMU

Für die Analyse der wissenschaftlichen Fragestellung dieser Arbeit sind vor allem die konstitutiven Merkmale des Mittelstands von Bedeutung, wobei die Begriffe „Mittelstand“ und „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“ häufig – so auch in dieser Arbeit – synonym

[4] Seit 1999 werden mit der Datenerfassung und –übermittlungsverordnung (DEÜV) auch geringfügig Beschäftigte erfasst.

verwendet werden. Diese Praxis vernachlässigt jedoch, dass beide Begrifflichkeiten unterschiedlichen Abgrenzungskriterien folgen, mit der Folge, dass Mittelstand und KMU zwar gemeinsame Schnittmengen der Unternehmenspopulation bilden, viele KMU jedoch keine Mittelständler darstellen und umgekehrt.

Das traditionelle, ökonomische Mittelstandsverständnis setzt an der Einheit von Leitung, Eigentum und Haftung an, wobei die wirtschaftliche Existenz des Unternehmers auf das engste mit dem Erfolg des Unternehmens verbunden ist; der Inhaber des Unternehmens trifft alle wichtigen Entscheidungen und trägt unmittelbar deren wirtschaftliche Konsequenzen. Dabei ist grundsätzlich zu beobachten, dass die Einheit von Leitung, Eigentum und Haftung mit zunehmender Größe der Unternehmen abnimmt. Mit zunehmender Unternehmensgröße dominieren managementgeführte Unternehmen, bei welchen eine weitgehende Trennung von Eigentum und Leitung gegeben ist. Neben dem Merkmal der Einheit von Leitung, Eigentum und Haftung werden in der Literatur häufig weitere, zumeist qualitative Merkmale von Mittelständlern angeführt (siehe bspw. Bamberger und Evers 1995, 1997). Jedoch ist eine Abgrenzung von Mittelständlern unter Berücksichtigung dieser qualitativen Merkmale in empirischen Analysen zumeist nicht möglich, da existierende Datensätze die dafür notwendigen Informationen nicht in ausreichendem Maße bereitstellen.

In der Regel wird daher sowohl im Rahmen empirischer Analysen als auch in der Praxis der Wirtschaftsförderung auf quantitative Abgrenzungsmerkmale (Umsatz oder Beschäftigung des Unternehmens) zugegriffen, wobei jedoch ebenfalls verschiedene Abgrenzungen üblich sind (vgl. u.a. Günterberg und Wolter 2002: 8-12; Engel et al. 2004: 72-75). Diese Unterschiede sind wiederum zumeist Restriktionen in den zur Verfügung stehenden Daten geschuldet. So liefern nur wenige Datensätze ausreichende Informationen zur Eignerstruktur eines Unternehmens, so dass eine genaue Abgrenzung des Mittelstandes nach dem Merkmal der Einheit von Leitung, Eigentum und Haftung zumeist nicht möglich ist. Daher werden in vielen Studien Unternehmen als mittelständisch kategorisiert, wenn die Merkmale Beschäftigung und/oder Umsatz bzw. Bilanzsumme unterhalb bestimmter Schwellenwerte liegen. Mit diesem Vorgehen werden jedoch beide Begrifflichkeiten - Mittelstand und KMU – miteinander vermengt, obwohl streng genommen nur dann die Bezeichnung Mittelstand verwendet werden sollte, wenn für dessen Abgrenzung qualitative Angaben zur Eignerstruktur zugrunde gelegt werden. Auch der in dieser Arbeit verwendete Datensatz liefert keine Information zur Eignerstruktur der betrachteten Betriebe, so dass auch hier die Begriffe Mittelstand und KMU synonym verwendet werden.

Die in Deutschland übliche Abgrenzung von KMU orientiert sich zumeist an der Definition des IfM Bonn[5], die mit der Definition der OECD übereinstimmt (OECD 1987). Nach dieser Definition werden Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten als KMU definiert. Bezüglich des Umsatzes umfasst der Kreis der KMU alle Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis unter 50 Millionen Euro. Innerhalb der KMU wird darüber hinaus zwischen kleineren und mittleren Unternehmen unterschieden, wobei Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten bzw. bis zu einem Jahresumsatz von 1 Mio. Euro als kleine Unternehmen und Unternehmen mit 10 bis 499 Beschäftigte bzw. einem Jahresumsatz zwischen 1 und 50 Mio. Euro als mittlere Unternehmen bezeichnet werden.

Im Vergleich zur Definition des IfM Bonn wird der Kreis der KMU deutlich enger gefasst, wenn die Empfehlung der Europäischen Kommission (2003) als Abgrenzungsgrundlage gewählt wird. Nach dieser Abgrenzung werden Unternehmen ab dem 1.1.2005 als KMU gezählt, wenn sie weniger als 250 Beschäftigte und entweder weniger als 50 Millionen Euro

[5] Günterberg und Wolter (2002) geben einen Überblick zu den gebräuchlichen Mittelstandsdefinitionen in anderen Industrienationen. Analog zur in Deutschland gebräuchlichen Abgrenzung werden u.a. auch in den USA, Italien und Frankreich Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten als „small business“ bzw. KMU bezeichnet.

Jahresumsatz oder weniger als 43 Millionen Euro Jahresbilanzsumme haben.[6] Zur Ermittlung der Schwellenwerte werden bei der KMU-Definition der EU darüber hinaus Beteilungen an bzw. von anderen Unternehmen berücksichtigt. Dabei gehen für die Berechnung der Schwellenwerte bei Partnerunternehmen und verbundenen Unternehmen zusätzlich anteilsmäßig die Angaben der Unternehmen ein, welche Beteiligungen am Unternehmen halten oder an denen Beteiligungen gehalten werden (vgl. Artikel 6 der EU-Definition für das detaillierte Berechnungsschema). Mit der expliziten Berücksichtigung der Unternehmensverflechtungen für die Ermittlung der Schwellenwerte wird erreicht, dass konzernabhängige Unternehmen nicht automatisch zum Kreis der KMU zählen. Mit dieser Definition wird berücksichtigt, dass viele Unternehmen in den letzte beiden Dekaden strategische Reorganisationsprozesse vorgenommen haben, bei denen u.a. großbetriebliche Strukturen teilweise aufgelöst und stattdessen, kleine, dezentrale Geschäftseinheiten geschaffen wurden (Freese, 1993). Die Tendenz zur kleinbetrieblichen Leistungserstellung würde nach der herkömmlichen Abgrenzung von KMU statistisch zu einem Bedeutungszuwachs von KMU führen, wobei dieser statistisch bedingte Bedeutungszuwachs umso größer ausfällt, je kleiner die von den Unternehmen gebildeten Geschäftseinheiten sind. Die neue Definition der EU würde diesen statistischen Effekt vermeiden.[7]

Ein grundsätzliches Problem bei der Anwendung der diskutierten Abgrenzungen von KMU stellt die fehlende Information über eine eventuelle Unternehmensgruppenzugehörigkeit der einzelnen Betriebe in den amtlichen Statistiken dar. So liefert auch die Beschäftigtenhistorikdatei des IAB keine Informationen zu Unternehmens-gruppenzugehörigkeit oder gar zu Unternehmensbeteiligungen. Hierdurch findet eine Überschätzung des Beitrags von KMU nach der Definition des IfM Bonn statt, da ein Großunternehmen über mehrere kleine Betriebsstätten verfügen kann. Die Auslagerung kann aus juristischen, steuerlichen oder produktionstechnischen Gründen erfolgen. Trotz fehlender Unabhängigkeit werden diese Betriebe fälschlicherweise den KMU zugeordnet. Die folgende Analyse gilt deswegen streng genommen nur für kleine und mittlere Betriebe (KMB). Diese werden stellvertretend für Unternehmen analysiert. Aufgrund der fehlenden Berücksichtigung von Unternehmensbeteiligungen wird auch der Beschäftigungsbeitrag von KMU tendenziell überschätzt, wenn man die Definition der EU zugrunde legt. Wie hoch diese Verzerrungen ausfallen, ist mit den in dieser Arbeit verwendeten Daten nicht zu ermitteln.

2.3 Indikatoren zur Messung des Beschäftigungsbeitrags von KMU

Nach Davis et al. (1996a, 1996b) und Davis und Haltiwanger (1999) sind insbesondere drei Probleme bei der Messung des Beschäftigungsbeitrags von KMB zu berücksichtigen:

1. Falsche Kategorisierung der Unternehmensgröße („size distribution fallacy“)
2. Transitorische Beschäftigungsschwankungen und Fehlspezifizierungen der Wachstumsrate („regression fallacy / regression-to-the-mean fallacy“)

[6] Als weiteres Merkmal sollten nach den Empfehlungen der EU nur Unternehmen als KMU bezeichnet werden, wenn sie mindestens 25% des Kapitals oder der Stimmrechte nicht direkt oder indirekt von einem oder mehreren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert werden. Ausnahmen betreffen die Beteiligung von Risikokapitalinvestoren, wenn kleinere Investitionen vorgenommen werden und Beteiligungen von Universitäten, Forschungszentren, institutioneller Anleger sowie kleinerer autonomer Gebietskörperschaften.

[7] Testrechnungen der Monopolkommission für den deutschen Lebensmittelhandel zeigen die Größenordnung der Unterschätzung der Bedeutung großer Unternehmen, die durch eine Nichtberücksichtigung der Konzernverflechtungen verursacht wird, deutlich auf. So wird der Marktanteil der zehn größten Anbieter einschließlich der verbundenen Unternehmen auf 75 bis 82% beziffert, ohne Einbeziehung verbundener Unternehmen liegt er lediglich bei 41% (vgl. Monopolkommission 2002: 17*). Für Teilbereiche des Produzierenden Gewerbes, die Abschnitte C (Bergbau) und D (verarbeitendes Gewerbe) kommt die Monopolkommission für das Jahr 2003 zum Ergebnis, dass mit 51,1% etwa jedes zweite Unternehmen einer Unternehmensgruppe angehört. Auf gruppenzugehörige Unternehmen entfallen 77,8% der Beschäftigten und 84,9% der Umsätze. Mit anderen Worten, nur ein kleiner Teil der Wirtschaftsaktivitäten im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe wird von eigenständigen, kleinen Unternehmen getragen (Deutscher Bundestag 2006: 131).

3. Ausschließliche Verwendung von Nettogrößen statt zusätzlicher Berücksichtigung von Bruttogrößen („netting out reality“)

Des Problem der *„size distribution fallacy“* entsteht, wenn der Beitrag von KMU zur Gesamtbeschäftigung als Verhältnis der Nettobeschäftigungsveränderung von KMU im Zeitraum von *t-1* bis *t* zur Nettobeschäftigungsveränderung in der gesamten Volkswirtschaft in derselben Zeitperiode definiert wird, d.h. wenn der Beschäftigungsbeitrag von KMU wie folgt berechnet wird:

$$\frac{B_t^{KMU} - B_{t-1}^{KMU}}{B_t^{Gesamt} - B_{t-1}^{Gesamt}}, \qquad (1)$$

wobei B_t^{KMU} die Beschäftigung in allen Betrieben, die zum Zeitpunkt *t* als KMU kategorisiert werden, und B_t^{Gesamt} die Gesamtbeschäftigung in der Volkswirtschaft zum Zeitpunkt *t* bezeichnet. Zur Berechnung des Beschäftigungsbeitrags nach Gleichung (1) sind aggregierte Daten vollkommen ausreichend. Verwendet man diese Definition des Beschäftigungsbeitrags von KMU, besteht aufgrund der Kategorisierung der Betriebe nach der aktuellen Beschäftigung zu einem Zeitpunkt die Gefahr irrtümlichen Schlussfolgerungen, wenn Unternehmen über die Zeit hinweg ihre Kategorisierung als KMU bzw. Großunternehmen wechseln (Davis et al. 1996a, 1996b).

Die Gefahr der *„size distribution fallacy“* kann durch Verwendung von Längsschnittdaten von Betrieben umgangen werden, da man hierbei einzelne Betriebe über die Zeit beobachten kann und somit das Problem von Größenklassenwechslern vermeiden kann. Die Benutzung von Paneldaten allein garantiert jedoch noch keine exakte Messung des Beschäftigungsbeitrages von KMU. Treten transitorische Beschäftigungsschwankungen auf, kann dies mit einer wiederholten Rekategorisierung von Unternehmen und damit zu einer falschen Zuweisung von Wachstumsraten führen. Zur Umgehung dieses als *„regression fallacy“*-Problematik bekannt gewordenen Phänomens folgen wir dem Vorschlag von Davis et al. (1996a, 1996b) und verwenden die durchschnittliche Beschäftigung eines Betriebes zwischen zwei Zeitpunkten, d.h. $D_{it} = 0{,}5(B_{it-1} + B_{it})$, wobei B_{it} die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen *i* zum Zeitpunkt *t* bezeichnet, zur Einordnung der betrachteten Betriebe in verschiedene Größenklassen. Ausgehend von der so berechneten durchschnittlichen Beschäftigung werden die folgenden sechs Größenklassen betrachtet:

- 1 bis 9 Beschäftigte
- 10 bis 49 Beschäftigte
- 50 bis 99 Beschäftigte
- 100 bis 249 Beschäftigte
- 250 bis 499 Beschäftigte
- 500 und mehr Beschäftigte

Diese feine Differenzierung erlaubt uns, zusätzliche Erkenntnisse über die Bedeutung einzelner Größenklassen *innerhalb* der Gruppe kleiner und mittlerer Betriebe zu erhalten.

Schließlich können weitere Irrtümer hinsichtlich des Beschäftigungsbeitrags von KMU durch die vorherrschende Konzentration auf Nettobeschäftigungsveränderungen resultieren (Davis et al. 1996a, 1996b). Konzentriert man sich allein auf Nettoveränderungen, besteht die Gefahr falscher Schlussfolgerungen hinsichtlich der Arbeitsplatzdynamik. So könnte man bspw. aus einer geringen Nettobeschäftigungsveränderung in einer Größenklasse zu der Schlussfolgerung gelangen, dass in dieser Größenklasse keine größeren Veränderungen stattgefunden haben, auch wenn die geringen Nettobeschäftigungsveränderung Folge einer erheblichen Anzahl von Entlassungen und Einstellungen ist, wenn das Ausmaß dieser Einstellungen und Entlassungen eine ähnliche Größenordnung annehmen. Erst die

Betrachtung von Bruttobeschäftigungsgrößen ermöglicht hier zusätzliche Einblicke in die Dynamik der hinter den Nettoveränderungen stehenden Arbeitsplatzveränderungen.

Wir verwenden im Folgenden den Begriff *Beschäftigungsgewinn* wenn die Beschäftigung in einem Betrieb steigt; entsprechend wird eine sinkende Beschäftigung als *Beschäftigungsverlust* bezeichnet. Der *Bruttobeschäftigungsgewinn* („gross job creation") ist definiert als die Summe aller neuen Stellen in expandierenden und neu gegründeten Unternehmen, während sich der *Bruttobeschäftigungsverlust* („gross job destruction") aus der Summe aller verlorenen Stellen in schrumpfenden Unternehmen und Unternehmensschließungen berechnet. Formal können die Bruttobeschäftigungsgewinne G_t zum Zeitpunkt t wie folgt dargestellt werden:

$$G_t = \sum_{\substack{i \text{ falls} \\ \Delta B_{it} > 0}} \Delta B_{it} \qquad (2)$$

wobei ΔB_{it} die Veränderung der Beschäftigung in Unternehmen i zwischen den Zeitpunkten $t\text{-}1$ und t bezeichnet. Entsprechend lassen sich die Bruttobeschäftigungsverluste V_t wie folgt darstellen:

$$V_t = \sum_{\substack{i \text{ falls} \\ \Delta B_{ist} < 0}} |\Delta B_{it}| \ . \qquad (3)$$

Die *Nettobeschäftigungsveränderung* in der Volkswirtschaft in der Periode von $t\text{-}1$ bis t ergibt sich als die Differenz zwischen den Bruttobeschäftigungsgewinnen und den Bruttobeschäftigungsverlusten:

$$NB_t = G_t - V_t. \qquad (4)$$

Die Wachstumsraten der Bruttobeschäftigungsgewinne, -verluste und der Nettobeschäftigungsveränderung ergeben sich damit als

$$\begin{aligned} g_t &= \frac{G_t}{D_t} = \sum_{\substack{i \text{ falls} \\ \Delta B_{it} > 0}} \left(\frac{D_{it}}{D_t}\right) g_{it}; \\ v_t &= \frac{V_t}{D_t} = \sum_{\substack{i \text{ falls} \\ \Delta B_{it} < 0}} \left(\frac{D_{it}}{D_t}\right) v_{it}; \qquad (5) \\ nb_t &= \frac{NB_t}{D_t} = g_t - v_t. \end{aligned}$$

Die Umformung lässt erkennen, dass die aggregierten Wachstumsraten der Summe der individuellen Wachstumsraten gewichtet mit der relativen Durchschnittsgröße der Unternehmen entsprechen. Die Wachstumsraten liegen im Wertebereich von -2 bis 2, wobei die jeweiligen Endpunkte des Wertebereichs durch Unternehmensgründung bzw. –schließung entstehen.

Die dargestellten Indikatoren lassen sich ohne Probleme für eine Untergruppe von Unternehmen berechnen. Die in den Gleichungen (2)-(4) dargestellten Indikatoren für die gesamte Volkswirtschaft errechnen sich dann durch Aufsummierung der entsprechenden größenspezifischen Indikatoren über alle Größenklassen. Die Berechnung der Wachstumsraten folgt diesem Muster. Hierzu wird das Verhältnis der Bruttoveränderung der jeweiligen Unternehmensgrößenklasse zur durchschnittlichen Unternehmensgröße aller Unternehmen betrachtet. Vorteil dieses Vorgehens ist, dass sich die so ermittelten gewichteten Wachstumsraten zu den jeweils entsprechenden Wachstumsraten für die Gesamtwirtschaft g_t, v_t und nb_t aufaddieren lassen.

3. Empirische Ergebnisse

3.1 Der Beschäftigungsanteil kleiner und mittlerer Betriebe

Tabelle 2 zeigt, dass im Jahr 2005 nahezu 80% aller sozialversicherungspflichtig (SV-) Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten tätig waren; nahezu 70% in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten und weitere 10% in Betrieben mit 250 bis 499 Beschäftigten. Diese Zahlen bestätigen damit die Bedeutung von kleineren und mittleren Betrieben für die Beschäftigung in Deutschland.

Mit Ausnahme des Jahres 2001 erhöhte sich der Anteil der Betriebe mit unter 250 SV-Beschäftigten stets gegenüber dem Vorjahr. Bei Betrachtung des Gesamtzeitraums nahm der Beschäftigungsanteil der Betriebe mit unter 250 SV-Beschäftigten zwischen 1994 und 2005 von 65,0% auf 69,6% zu. Seit 2001 sind jedoch nur noch geringe Anteilszuwächse auszumachen. Die empirischen Befunde weisen zwar auf einen fortwährenden Wandel zu kleinbetrieblichen Größenstrukturen in Deutschland hin, zur Mitte der 1990er Jahre kündigte sich aber bereits eine Verlangsamung der Veränderung in den Betriebsgrößenstrukturen an (vgl. Engel et al. 2004), da die massiven Reorganisationsbemühungen in den 1990er Jahren das Potenzial für weitere strategische Reorganisationsprozesse zur Bildung kleinerer Geschäftseinheiten vermindern. Tabelle 2 verfestigt diesen Eindruck für die jüngere Vergangenheit.

Der in Tabelle 2 dargestellte Anteilszuwachs der Beschäftigung in KMU kann potentiell auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. So könnte neben dem Wachstum der kleinen und mittleren Betriebe, auch der Wechsel schrumpfender größerer Betriebe in kleinere Betriebsgrößenklassen oder aber die Auslagerung von Betriebsteilen aus größeren Betrieben in neu gegründete Betriebe den wachsenden Beschäftigungsanteils kleiner und mittlerer Betriebe erklären. Wie bereits angemerkt wurde, kann aus einem steigenden Beschäftigungsanteil nicht notwendigerweise auf überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne kleiner und mittlerer Betriebe geschlossen werden. Hierzu ist eine dezidierte Analyse der Anteile kleiner und mittlerer Betriebe an den Beschäftigungsgewinnen und –verlusten sowie der Nettobeschäftigungsveränderungen erforderlich, wie sie im folgenden Unterabschnitt durchgeführt wird.

Tabelle 2
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Größenklassen in Deutschland
Angaben in %

	Betriebe mit unter 250 Beschäftigten	Betriebe mit 250 bis 499 Beschäftigten	Großbetriebe
1994	65,0	10,0	25,0
1995	66,3	9,8	23,9
1996	67,5	9,9	22,6
1997	68,2	9,9	21,9
1998	68,4	9,9	21,7
1999	68,8	10,0	21,2
2000	69,1	10,1	20,8
2001	69,1	10,1	20,8
2002	69,2	10,2	20,7
2003	69,3	10,1	20,6
2004	69,4	10,1	20,5
2005	69,6	10,1	20,3

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Wie bereits erwähnt, kann der Beschäftigungsanteil von KMU auf Basis der Beschäftigtenhistorik unterschätzt werden, da in diesem Datensatz keine Selbständigen erfasst werden. Unter Verwendung von Angaben des Mikrozensus und zusätzlichen Annahmen kann die aus der Konzentration auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte resultierende Verzerrung zumindest grob abgeschätzt werden. Basierend auf Auswertungen mit dem Mikrozensus betrug die Zahl der Selbständigen im Jahr 2005 etwa 4,1 Millionen Personen. Mangels dezidierter Informationen über die Verteilung der Selbständigen auf Betriebsgrößenklassen wird angenommen, dass die Selbständigen ausschließlich in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten tätig sind.[8] Die in der Realität zu beobachtende geringe Zahl von Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten lässt erwarten, dass die potentielle Verzerrung durch diese Annahme vernachlässigbar klein ist. Die SV-Beschäftigten betrugen im Durchschnitt des Jahres 2005 etwa 24,8 Millionen, davon waren 17,3 Millionen in Betriebe mit unter 500 Beschäftigten tätig. Aus diesen Größen und den bereits erwähnten 4,1 Millionen Selbständigen ergibt sich ein Anteil der KMB an den Erwerbstätigen in Höhe von 74,0%. Die Einbeziehung der Selbständigen hat also unmittelbar eine Erhöhung des Beschäftigungsbeitrages der KMB um 4,4 Prozentpunkte zur Folge.

In Tabelle 3 wird eine im Vergleich zu Tabelle 2 feinere Größenklassendifferenzierung zugrunde gelegt. Darüber hinaus wird eine differenzierte Analyse für Ost- und Westdeutschland vorgenommen. Unmittelbar erkennbar ist, dass sowohl in West- als auch in Ostdeutschland innerhalb der Gruppe kleiner und mittlerer Betriebe die Kleinstbetriebe (1 bis 9 Beschäftigte) und kleinen Betriebe (10 bis 49 Beschäftigte) einen Großteil der Beschäftigung auf sich vereinen. In Westdeutschland waren im Jahr 2005 knapp 42% der Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten gemeldet. Ein weiteres gutes Viertel, nämlich 26,5%, war in Betrieben mit 50 bis unter 250 Beschäftigten tätig. Der Anteil der Beschäftigten in kleinen Betrieben war in Ostdeutschland sogar höher als in Westdeutschland. In den neuen Bundesländern waren im Jahr 2005 nahezu 48% der SV-Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten und weitere 28% in Betrieben mit mindestens 50 aber weniger als 250 Beschäftigten tätig. Entsprechend ist in Ostdeutschland ein relativer Mangel an größeren Betrieben auffällig. In solchen Betrieben waren im Jahr 2005 14,6 % SV-Beschäftigten tätig. In Westdeutschland betrug dieser Anteil 21,6%.

[8] Dezidierte Informationen liegen nur bis zu einer Betriebsgröße unter 50 Beschäftigten vor.

Tabelle 3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach sechs Größenklassen in Westdeutschland

	Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
	Westdeutschland					
Jahr	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	17,9	22,2	10,6	14,0	10,0	25,3
1995	18,2	22,5	10,8	14,0	10,0	24,4
1996	18,5	22,7	11,0	14,2	10,1	23,4
1997	18,7	22,9	11,1	14,3	10,2	22,8
1998	18,8	22,8	11,1	14,3	10,2	22,8
1999	18,9	22,8	11,2	14,4	10,2	22,4
2000	18,9	22,9	11,3	14,5	10,4	22,0
2001	18,7	22,9	11,4	14,6	10,3	22,0
2002	18,7	22,9	11,4	14,7	10,4	21,8
2003	18,8	22,9	11,4	14,8	10,3	21,9
2004	18,8	22,8	11,4	14,9	10,3	21,9
2005	18,9	22,8	11,5	15,0	10,2	21,6
	Ostdeutschland					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	17,0	23,6	11,2	14,4	9,8	24,0
1995	18,0	25,2	11,6	14,0	9,2	22,1
1996	18,7	26,2	11,7	14,3	9,1	19,9
1997	19,5	26,9	12,3	13,9	9,0	18,5
1998	20,4	26,9	12,1	13,9	8,9	17,8
1999	21,3	26,6	12,1	13,8	9,1	17,1
2000	21,3	26,7	12,2	14,4	9,0	16,5
2001	21,2	26,6	12,4	14,6	9,1	16,2
2002	21,2	26,3	12,5	14,8	9,3	16,0
2003	21,4	26,3	12,6	15,0	9,4	15,4
2004	21,4	26,3	12,8	15,1	9,5	14,9
2005	21,5	26,2	12,9	15,4	9,4	14,6

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Der auf Basis der Beschäftigtenhistorik des IAB berechnete Beschäftigungsanteil von KMB ist ungleich höher als die von den existierenden empirischen Studien für Deutschland ausgewiesenen Werte. Während bspw. Wagner (2007) für Industriebetriebe in Westdeutschland für 2002 einen Beschäftigungsanteil von Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten in Höhe von etwas mehr als 43% aufweist, finden wir für denselben Zeitraum einen Beschäftigungsanteil von fast 67%. Andere Sudien konzentrieren sich auf einzelne Bundesländer. So findet Strotmann (2000) für Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten der baden-württembergischen Industrie einen Beschäftigungsanteil von 43,5%. Für denselben Zeitraum finden wir für Westdeutschland einen entsprechenden Beschäftigungsanteil von 66%. Neben der Betrachtung des gesamten Bundesgebiets sind die von uns gefundenen höheren Werte aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Einbeziehung von Betrieben aller Branchen zurückzuführen, insbesondere auf die Einbeziehung des Dienstleistungssektors, der durch eine vergleichsweise kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet ist. Eine branchenbezogene Auswertung über den gesamten Zeitraum ist leider wegen des Wechsels

der Wirtschaftszweigklassifikation und dem damit verbundenen Bruch der Zeitreihe nicht möglich.

Tabelle 3 zeigt schließlich, dass der in Tabelle 2 aufgezeigte Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Westdeutschland nicht nur in den einzelnen Betriebsgrößenklassen der KMB gleichermaßen, sondern auch in Bezug auf die Veränderung sehr ähnlich ist. Sowohl der Anteil der Kleinstbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten als auch der Anteil der Betriebe mit 100 bis 249 Beschäftigten erhöhte sich im Zeitraum von 1998 bis 2005 um jeweils einen Prozentpunkt. Vergleichsweise höhere Anteilszuwächse sind in Ostdeutschland in den beiden kleinsten Betriebsgrößenklassen auszumachen. Mit einem Zuwachs von 4,5 Prozentpunkten fiel die Veränderung des Beschäftigungsanteils bei ostdeutschen Kleinstbetrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten am höchsten aus.

3.2 Größenspezifische Beschäftigungsgewinne- und Verluste

Die relativen Beschäftigungsgewinne, -verluste und die daraus resultierende relative Nettobeschäftigungsveränderung werden in Tabelle 4 getrennt für west- und ostdeutsche Betriebe angegeben. In Relation zur gesamten SV-Beschäftigung im privatwirtschaftlichen Sektor betrug die Beschäftigungsfreisetzung in schrumpfenden und stillgelegten Betrieben im Jahr 2005 etwa 10,7%. Die Gewinne in neuen und wachsenden Betrieben betrugen etwa 8,1% aller Beschäftigten. Die Beschäftigungsverluste konnten demzufolge nicht vollständig durch entsprechende Gewinne ausgeglichen werden. Im Ergebnis resultiert eine negative Nettobeschäftigungsveränderung im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr in Höhe von minus 2,6%.

Tabelle 1
Beschäftigungsgewinne, Beschäftigungsverluste und Nettobeschäftigungsveränderung in West- und Ostdeutschland (bezogen auf die SV-Beschäftigung in %)

	Beschäftigungsgewinne		Beschäftigungsverluste		Nettobeschäftigungs-veränderung	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1994	7,2	17,4	10,1	18,0	-2,9	-0,6
1995	8,4	15,6	9,2	16,5	-0,7	-0,9
1996	8,7	14,8	10,1	17,7	-1,3	-3,0
1997	8,5	12,1	9,6	16,3	-1,1	-4,1
1998	9,6	13,7	9,4	15,0	0,1	-1,3
1999	11,3	15,0	9,5	13,9	1,7	1,2
2000	11,2	12,2	8,8	13,8	2,5	-1,6
2001	9,9	11,7	9,6	15,5	0,2	-3,7
2002	9,4	10,6	10,6	14,9	-1,2	-4,3
2003	8,8	11,5	10,4	13,9	-1,6	-2,4
2004	8,9	10,7	9,9	12,8	-1,0	-2,1
2005	8,1	10,0	10,7	14,0	-2,6	-4,0

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Seit dem Jahr 2001 sind rückläufige Beschäftigungsgewinne an SV-Beschäftigten zu verzeichnen. Auf der anderen Seite stehen recht hohe Verluste, die zumeist ein gutes Zehntel bezogen auf die SV-Beschäftigung ausmachen. In Ostdeutschland ist durchweg eine höhere Reallokation (berechnet aus der Summe der Beschäftigungsgewinne und –verluste) der

Beschäftigung zu beobachten. Während sich die Beschäftigungsgewinne langsam den Werten Westdeutschlands annähern, sind die Beschäftigungsverluste mit Werten um 14% immer noch deutlich höher als im Westen.

Auf Basis der in Tabelle 4 ausgewiesenen Beschäftigungsgewinnen und –verlusten wird in den Tabelle 5 und 6 die Verteilung der Gewinne und Verluste nach Betriebsgrößenklassen für Westdeutschland aufgezeigt. Aus den Tabellen wird ersichtlich, dass KMB einen hohen Anteil an Zugängen in Beschäftigung auf sich vereinen. Auf westdeutsche kleine und mittlere Betriebe mit unter 250 Beschäftigten entfallen im Jahr 2005 87,3% der Beschäftigungsgewinne. Der Großteil der Gewinne mit 40,8% wird dabei von Kleinstbetrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten gestellt. Korrespondierend dazu sind ebenfalls hohe Anteile der KMB an den Abgängen aus Beschäftigung festzustellen. KMB sind für 83,4% der Beschäftigungsverluste verantwortlich. Wiederum zeigt sich der größte Einzelanteil für Kleinstbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten. Setzt man die Anteile der Größenklassen an den Gewinnen und Verlusten in Relation zu den Anteilen an der Beschäftigung so zeigt sich, dass Kleinst- und Kleinbetriebe überdurchschnittliche Beiträge zur Reallokation der Beschäftigung erbringen.

Die Analyse der Veränderung über die Zeit zeigt einige prägnante Unterschiede. Während die Anteile der Kleinst- und Kleinbetriebe an den Beschäftigungsgewinnen nur leichten Schwankungen unterliegen, nimmt deren Anteil an den Beschäftigungsverlusten über die Zeit tendenziell zu. Letzteres hat wohl seinen Ursprung in der stärkeren Betroffenheit kleiner Betriebe von der schwachen Binnenkonjunktur.

Tabelle 5
Verteilung der Beschäftigungsgewinne nach Größenklassen in Westdeutschland

	Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	44,5	26,7	9,1	8,9	4,8	6,0
1995	39,4	25,2	9,4	10,3	5,9	9,8
1996	39,1	25,4	9,4	11,3	7,0	7,8
1997	39,0	25,8	10,0	10,6	5,8	8,7
1998	36,9	23,9	9,2	10,4	6,7	13,0
1999	38,1	25,5	9,9	10,7	6,4	9,5
2000	35,7	25,0	9,6	11,2	6,3	12,2
2001	37,3	26,6	10,3	10,8	6,5	8,5
2002	38,3	25,8	9,7	10,6	5,8	9,6
2003	39,2	25,6	10,1	11,0	5,3	8,9
2004	38,6	25,9	10,0	10,3	6,0	9,2
2005	40,8	26,1	9,9	10,5	5,3	7,4

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Tabelle 6
Verteilung der Beschäftigungsverluste nach Größenklassen in Westdeutschland

	Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	32,0	22,4	8,9	11,2	7,6	17,9
1995	35,9	23,5	8,9	10,1	6,0	15,7
1996	33,6	22,7	9,3	11,1	8,7	14,5
1997	36,5	24,2	9,6	11,0	7,2	11,6
1998	38,7	24,9	9,0	9,7	6,2	11,5
1999	36,1	22,2	8,3	9,6	6,4	17,3
2000	39,5	24,8	9,4	10,0	6,0	10,3
2001	38,8	25,3	9,6	10,6	6,2	9,4
2002	36,7	25,6	10,2	10,6	6,6	10,4
2003	38,0	26,2	9,7	11,2	6,5	8,4
2004	37,5	25,1	9,6	10,6	6,1	11,0
2005	37,2	25,2	9,8	11,2	6,5	10,1

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Betrachtung der Ergebnisse für Ostdeutschland lässt einen ähnlichen Schluss in Bezug auf die wichtige Rolle der Kleinst- und Kleinbetriebe für die Reallokation der Beschäftigung zu (vgl. Tabelle 7 und 8). Ähnlich wie in der Darstellung der Anteile an der Beschäftigung, sind die Anteile von Betrieben mit 1 bis -9 und 10 bis 49 Beschäftigte an den gesamten Beschäftigungsgewinnen und –verlusten geringfügig höher als in Westdeutschland. In den Jahren 1994 bis 1997 fand ein massiver Beschäftigungsverlust in Großunternehmen und in Unternehmen ab 100 Beschäftigten statt. Seit dem Jahr 1999 pendeln sich die Anteile der Kleinst- und Kleinbetriebe auf ein Niveau ein, welches – abgesehen von einigen geringfügigen Schwankungen – bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht verlassen wird.

Tabelle 7
Verteilung der Beschäftigungsgewinne nach Größenklassen in Ostdeutschland

	Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	33,0	29,9	10,4	11,0	6,0	9,7
1995	34,6	29,3	9,8	9,6	5,7	11,0
1996	33,0	28,1	9,6	12,2	7,5	9,6
1997	37,7	29,3	10,1	9,7	5,4	7,8
1998	40,5	25,1	9,4	9,2	4,7	11,1
1999	41,8	29,9	9,4	9,4	5,1	4,3
2000	40,9	27,4	9,8	10,6	5,4	5,9
2001	37,9	26,9	10,7	10,9	5,9	7,8
2002	42,7	28,0	10,4	10,0	5,2	3,7
2003	41,1	27,0	10,1	10,5	5,4	5,8
2004	39,8	28,6	11,7	10,4	4,7	4,7
2005	41,7	27,9	10,8	10,1	4,3	5,2

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Tabelle 8
Verteilung der Beschäftigungsverluste nach Größenklassen in Ostdeutschland

	Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	21,3	21,1	10,4	15,5	10,6	21,0
1995	25,5	27,0	10,6	13,2	8,3	15,4
1996	25,3	23,6	9,1	11,9	10,4	19,7
1997	29,9	26,2	10,5	11,4	7,3	14,6
1998	33,8	29,4	9,7	9,7	5,9	11,4
1999	40,0	27,0	8,9	9,0	6,1	9,0
2000	41,6	27,1	8,3	9,6	5,3	8,1
2001	39,0	26,7	9,7	9,4	5,7	9,5
2002	38,7	27,6	10,0	10,7	5,7	7,3
2003	37,9	26,7	9,6	9,7	6,2	9,9
2004	39,7	27,8	9,9	10,2	5,1	7,3
2005	38,1	26,5	10,4	11,8	6,3	7,0

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Bezüglich des Beschäftigungsverlusts sei darauf hingewiesen, das existierende empirische Studien auf einen geringen Stellenwert von Stilllegungen hinweisen. Für den Zeitraum von 1985 bis 2000 kommen Engel et al. (2004) unter Verwendung der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit bspw. zu dem Ergebnis, dass auf stillgelegte Kleinstbetriebe zwischen 10,2 und 14,2% des Beschäftigungsverlustes in Westdeutschland entfallen. Da den Stilllegungen langwierige und umfangreiche Schrumpfungsprozesse vorausgehen können, verwundert der geringe Anteil der Beschäftigungsverluste aufgrund Stilllegung nicht. Stillgelegte Kleinbetriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten tragen zwischen 4,4 und 6,4% des Beschäftigungsverlustes. Stilllegungen von Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten machen nur 1,4 bis 3,1% des Beschäftigungsverlustes aus, also deutlich weniger als bei den kleineren Betrieben. In Ostdeutschland ist das Bild stark vom Transformationsprozess geprägt. Der Anteil stillgelegter Betriebe am gesamten Beschäftigungsverlust ist grundsätzlich höher und nimmt über die Zeit zu.

Zentraler Befund dieses Abschnitts ist, dass Betriebe mit unter 50 Beschäftigten wesentliche Treiber der Reallokation der Beschäftigung darstellen. Dabei gilt es zu bedenken, dass diese Betriebe von hoher Bedeutung für das Angebot neuer Arbeitsplätze sowie dem Abbau bestehender Arbeitsplätze sind.

Aus den Beschäftigungsgewinnen und -verlusten resultiert schließlich die Nettobeschäftigungsveränderung. Kleinstbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten tragen im Jahr 2005 etwa ein Viertel (25,8%) des Nettobeschäftigungsrückgangs in Westdeutschland in Höhe von 2,56% (siehe Tabelle 9). Der zweithöchste Einzelanteil zeigt sich für die Kleinbetriebe mit 10 bis unter 49 Beschäftigten. Auf der anderen Seite vereinen Kleinst- und Kleinbetriebe auch die höchsten Einzelanteile in den Jahren 1999 und 2000 auf sich, d.h. in Jahren mit einem Nettobeschäftigungszuwachs. Unabhängig von der Richtung der Nettobeschäftigungsveränderung, stellen Betriebe mit unter 50 Beschäftigten stets die höchsten Einzelanteile. Erst seit dem Jahr 2000 zeigt sich dasselbe Muster auch für Ostdeutschland (siehe Tabelle 9). Während in den Jahren zuvor die Kleinst- und Kleinbetriebe noch überdurchschnittlich positiv zur Nettobeschäftigungsveränderung beitrugen, kehrt sich dieses Bild ab dem Jahr 2000 um. Kleinst- und Kleinbetriebe haben in zunehmendem Maße einen höheren Anteil an den Nettobeschäftigungsrückgängen als Großbetriebe.

Die ausschließliche Betrachtung der Anteile vermittelt interessante Einblicke in die hohe Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten in solchen Betrieben sowie die Richtung der Nettobeschäftigungsveränderung. Mit der Darstellung relativer Größen, wie soeben für die Beschäftigungsgewinne und –verluste gezeigt, kann eruiert werden, ob der Beschäftigungsbeitrag der kleinen und mittleren Betriebe über- oder unterdurchschnittlich ist. In Analogie dazu ist in Tabelle 10 die relative Nettobeschäftigungsveränderung einzelner Größenklassen dargestellt. Hierzu wird die Nettobeschäftigungsveränderung der jeweiligen Größenklasse durch die Durchschnittsbeschäftigung dieser Größenklasse dividiert. Die so gebildeten Raten werden üblicherweise zur Untersuchung der Gültigkeit der Mittelstandshypothese verwendet.

Tabelle 9
Verteilung der Nettobeschäftigungsveränderung nach Größenklassen in Westdeutschland

		Anteil an der Beschäftigung in% Kategorisierung nach der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten					
		Westdeutschland					
	Nettobeschäftigungsveränd. in %	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	*-2,85*	0,2	11,5	8,5	17,1	14,5	48,2
1995	*-0,73*	-4,6	3,7	2,2	7,9	7,1	83,7
1996	*-1,31*	-3,0	4,3	8,4	10,2	20,3	59,8
1997	*-1,05*	16,1	11,1	6,5	13,7	17,8	34,8
1998	*0,14*	-81,9	-45,7	19,2	55,6	42,6	110,3
1999	*1,73*	48,9	43,4	18,7	16,4	6,1	-33,5
2000	*2,46*	22,5	25,7	10,5	15,1	7,4	18,8
2001	*0,24*	-23,0	79,8	36,4	18,0	19,3	-30,4
2002	*-1,19*	23,6	23,7	13,5	10,1	12,9	16,3
2003	*-1,60*	31,6	29,7	7,6	12,4	13,1	5,7
2004	*-0,95*	27,6	17,5	6,1	13,5	6,8	28,5
2005	*-2,56*	25,8	22,1	9,4	13,5	10,4	18,7
		Ostdeutschland					
	Nettobeschäftigungsveränd. in %	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	*-0,58*	-331,1	-242,6	8,7	152,5	150,4	362,1
1995	*-0,86*	-139,0	-15,7	25,1	79,0	56,7	93,9
1996	*-2,96*	-12,8	1,3	6,3	10,2	24,8	70,3
1997	*-4,12*	6,7	17,3	11,6	16,6	13,0	34,7
1998	*-1,27*	-38,4	75,9	13,9	15,5	18,5	14,6
1999	*1,15*	63,5	65,2	15,4	14,0	-6,5	-51,7
2000	*-1,62*	47,1	24,9	-3,4	1,8	4,8	24,9
2001	*-3,72*	42,4	26,1	6,5	4,8	5,2	15,0
2002	*-4,27*	28,8	26,4	9,1	12,6	6,9	16,2
2003	*-2,42*	22,5	25,2	6,9	6,1	10,1	29,3
2004	*-2,14*	38,7	23,8	1,0	8,8	7,5	20,2
2005	*-4,02*	29,1	23,3	9,3	15,9	11,1	11,4

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Auswertungen aus der Beschäftigtenhistorik zeigen ein gemischtes Bild. Sowohl in Zeiten des Aufschwungs, als auch in Zeiten des Abschwungs sind kleine und mittlere Unternehmen überdurchschnittlich an den Beschäftigungsbewegungen beteiligt. Im Zeitraum von 2002 bis 2005, gekennzeichnet durch eine schwache Binnenkonjunktur, nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in westdeutschen Großbetrieben um 1,19% ab. Für alle anderen Segmente der Betriebspopulation zeigen sich – relativ betrachtet – höhere Rückgänge der Beschäftigung. Zu vermuten ist, dass kleine und mittlere Betriebe – mangels geringerer Exportaktivität und geringerer Rücklagen als größere Betriebe – stärker vom Rückgang der Binnennachfrage betroffen sind. In früheren Perioden mit insgesamt rückläufigen Beschäftigungszahlen zeigte sich noch ein anderes Muster. So fiel der Nettobeschäftigungsrückgang in Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten in der Periode von 1994 bis 1997 mit minus 3,22% deutlich negativer aus als in allen übrigen Segmenten.

Es erhärtet sich der Eindruck, dass Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten stets überdurchschnittliche Beschäftigungsbeiträge leisten, egal ob die Gesamtbeschäftigung sinkt oder zunimmt. Das einst bessere Abschneiden der kleinen und mittleren Betriebe in Jahren des Beschäftigungsrückgangs zeigt sich heutzutage nicht mehr. Die Vorstellung, kleine und mittlere Betriebe könnten Beschäftigungseinbrüche in größeren Betrieben beliebig kompensieren, erscheint damit unrealistisch.

Tabelle 10
Nettobeschäftigungsveränderung bezogen auf die größenklassenspezifische Durchschnittsbeschäftigung
Angaben in %; SV-pflichtige Beschäftigte

Mittelwert	Ins-gesamt	Größenklasse (Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten)					
		1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	>500
				Westdeutschland			
1994-1997	-1,49	-0,13	-0,59	-1,01	-1,46	-2,28	-3,22
1998-2001	1,14	1,62	1,64	1,54	1,35	0,96	-0,03
2002-2005	-1,57	-2,27	-1,63	-1,27	-1,33	-1,68	-1,19
				Ostdeutschland			
1994-1997	-2,13	4,64	0,92	-1,95	-4,51	-7,05	-7,65
1998-2001	-1,36	-1,31	-1,48	-0,38	-0,42	-1,61	-2,60
2002-2005	-3,21	-4,41	-3,03	-1,88	-2,51	-3,05	-3,74

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). – Die grau schraffierten Zellen geben diejenigen Segmente mit der höchsten Nettobeschäftigungsrate pro Zeile an.

3.3 Der Beschäftigungsbeitrag von Gründungen

Eine wichtige Frage ist, wie hoch der Beschäftigungsbeitrag der neuen Betriebe an den dargestellten Beschäftigungsgewinnen ist. Zur Beantwortung dieser Frage sind in Tabelle 11 entsprechende Angaben enthalten. Die erste Spalte informiert nochmals über die Höhe des Beschäftigungsgewinns. In der zweiten Spalte ist der Anteil der Gründungen am Beschäftigungsgewinn angegeben. Die beiden übrigen Spalten geben die Anteile etablierter Betriebe wieder, wobei eine Unterscheidung nach kleinen Betrieben mit unter 50 Beschäftigten und größeren etablierten Betrieben vorgenommen wird. Zu dieser Analyse sei jedoch einschränkend angemerkt, dass es zu einer leichten Unterschätzung des Beschäftigungsbeitrages von Gründungen kommen kann, da nur Betriebe als Gründungen definieren wurden, wenn diese bei der ersten Beobachtung weniger als 20 Beschäftigten meldeten.

Im Jahr 2005 betrugen die Beschäftigungsgewinne in wachsenden und neuen westdeutschen Betrieben etwa 8,1% bezogen auf die durchschnittliche Beschäftigung der Jahre 2004 und 2005. Betriebsgründungen stellen mit 19,5% knapp ein Fünftel dieses Beschäftigungsgewinns. Weitere 47,5% entfallen auf Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten.

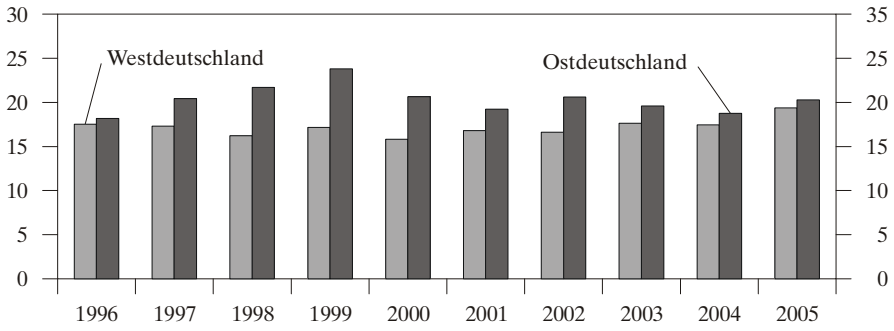
Tabelle 11
Verteilung des Beschäftigungsgewinns auf neue und etablierte Betriebe

	Beschäftigungsgewinn bezogen auf die Beschäftigung in%	Neue Betriebe	Etablierte Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten	Etablierte Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
		Westdeutschland		
1996	8,74	17,5	47,0	35,5
1997	8,50	17,3	47,5	35,2
1998	9,58	16,2	44,6	39,2
1999	11,27	17,2	46,4	36,5
2000	11,23	15,8	44,9	39,3
2001	9,86	16,8	47,1	36,1
2002	9,43	16,6	47,5	35,9
2003	8,80	17,6	47,1	35,2
2004	8,93	17,5	47,0	35,5
2005	8,14	19,4	47,5	33,1
		Ostdeutschland		
1996	14,75	18,2	42,8	39,0
1997	12,13	20,4	46,6	33,0
1998	13,71	21,7	43,9	34,4
1999	15,01	23,8	47,9	28,3
2000	12,21	20,6	47,6	31,7
2001	11,74	19,2	45,6	35,2
2002	10,59	20,6	50,1	29,3
2003	11,49	19,6	48,6	31,9
2004	10,69	18,8	49,7	31,5
2005	9,98	20,3	49,2	30,5

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Zur besseren Veranschaulichung der Veränderungen sind die Anteile neuer Betriebe am Beschäftigungsgewinn in
Schaubild 1 dargestellt. Es ist zu erkennen, dass der Anteil der Gründungen am Beschäftigungsgewinn in Westdeutschland über die Zeit leicht zugenommen hat. Lag der Anteil im Jahr 1996 noch bei 17,5%, so stieg dieser bis zum Jahr 2005 um knapp zwei Prozentpunkte auf 19,4% an. In Ostdeutschland liegt der Anteil der Gründungen am Beschäftigungsgewinn gut einen Prozentpunkt höher und erreicht 20,3%. Bedingt durch den Neuaufbau des Unternehmensbestandes in Ostdeutschland waren lange Zeit sehr hohe Beschäftigungsanteile der Gründungen zu beobachten. Prozentual betrachtet wurde im Jahr 1999 mit knapp 24% der höchste Wert erreicht. Seitdem sinkt der Anteil der Gründungen. Letzteres kann aufgrund der zunehmenden Reife des ostdeutschen Unternehmensbestandes als Bestandteil eines natürlichen Prozesses angesehen werden.

Schaubild 1
Anteil neuer Betriebe am Beschäftigungsgewinn
1996 bis 2005; in %



Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Betrachtung des Beschäftigungsbeitrags zum Gründungszeitpunkt vermittelt allerdings ein unvollständiges Bild. Neue Betriebe können in der Folgezeit wachsen, schrumpfen, einige treten innerhalb kürzester Zeit wieder aus dem Markt aus. Bezüglich des direkten Beschäftigungsbeitrags von Gründungen in der mittleren Frist wurden in jüngerer Vergangenheit Analysen von Brixy und Grotz (2004), Engel und Metzger (2005, 2006), Fritsch und Weyh (2004) und Weyh (2006) vorgelegt. Das Muster ist in all diesen Studien sehr ähnlich. In den ersten Jahren nimmt der Beschäftigungsbeitrag gegründeter Betriebe bzw. Unternehmen zunächst zu, sinkt anschließend wieder und fällt in der Regel unter den Startwert im Gründungsjahr.

Von Gründungen gehen zudem noch indirekte Beschäftigungseffekte auf Wettbewerber, Lieferanten und Kunden aus. Zur Bestimmung der gesamten Beschäftigungseffekte bietet die Studie von Fritsch und Müller (2004) einen Ausgangspunkt. Aus ihren Analysen lässt sich ein Nettobeschäftigungsbeitrag von 2,8% in der 10-Jahresbetrachtung einer Gründungskohorte ableiten. Allerdings unterliegen Schätzungen dieser Art einer gewissen Unsicherheit, da immer noch eine Reihe ungelöster methodischer Probleme in der Bestimmung des kausalen Produktivitäts- und Beschäftigungsbeitrags von Gründungen bestehen. So werden bspw. die Simultanitäten zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Gründungsgeschehen nur zum Teil berücksichtigt. Gründungen nehmen zu, wenn positive Erwartungen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gebildet werden. In der Tendenz werden damit die gesamtwirtschaftlichen Beiträge der Gründungen eher über- anstatt unterzeichnet (vgl. Engel et al. 2007: 36-45 für eine detaillierte Betrachtung).

4. Fazit

In diesem Beitrag wurde erstmals ein Datensatz – die Grundgesamtheit der in der Beschäftigtenhistorik-Datei des IAB erfassten Betriebe – zur Analyse der Beschäftigungsdynamik in Betrieben unterschiedlicher Größe verwendet, der alle Sektoren der Wirtschaft abdeckt. Den Ergebnissen der empirischen Analyse zufolge waren in Deutschland im Jahr 2005 etwa 69,6% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen und mittleren Betriebe mit unter 250 Beschäftigten tätig. Weitere 10,1% waren in Betrieben mit 250 bis unter 500 Beschäftigten angestellt. Werden zusätzlich noch die Selbständigen berücksichtigt, so waren deutschlandweit schätzungsweise 74% aller Erwerbstätigen in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten tätig.

Bezogen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung betrugen die Beschäftigungsgewinne im Jahr 2005 etwa 8,1% in Westdeutschland, wobei knapp ein Fünftel dieses Beschäftigungsgewinns auf Betriebsgründungen zurückzuführen ist. Weitere 47,5% entfallen auf Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten. Dem Beschäftigungsgewinn steht ein Beschäftigungsverlust von 10,7% aufgrund Schrumpfung oder Stilllegung des Betriebes in Westdeutschland gegenüber. In Ostdeutschland sind durchweg ein höherer Beschäftigungsumschlag und ein geringfügig höherer Anteil der Betriebe mit bis zu 49 Beschäftigten an der Reallokation der Beschäftigung zu beobachten. Diese Ergebnisse implizieren, dass gerade kleinere und mittlere Betriebe zur Reallokation des Faktors Arbeit beitragen und damit einen wichtigen Faktor für die effiziente Allokation der Produktionsfaktoren darstellen.

Auf der Betriebsebene zeigt sich, dass Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten stets überdurchschnittliche Beschäftigungsbeiträge leisten. Dies gilt unabhängig davon, ob die Gesamtbeschäftigung sinkt oder zunimmt. Im Zeitraum von 2002 bis 2005, gekennzeichnet durch eine schwache Binnenkonjunktur, nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in westdeutschen Großbetrieben um 1,19% ab. Für alle anderen Segmente der Betriebspopulation zeigen sich – relativ betrachtet – höhere Rückgänge der Beschäftigung. Für den oben genannten Zeitraum und bei Zugrundelegung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lässt sich folglich kein empirischer Beleg für die Hypothese finden, dass insbesondere kleinere und mittlere Betriebe den Beschäftigungsmotor der deutschen Wirtschaft darstellen.

Literatur

Bamberger, I. und M. Evers (1995), Ursachen und Verläufe von Internationalisierungsentscheidungen mittelständischer Unternehmen, Arbeitspapier Nr. 9 des Fachgebietes Organisation und Planung, Universität-GH Essen.

Bamberger, I. und M. Evers (1997), Ursachen und Verläufe von Internationalisierungsentscheidungen mittelständischer Unternehmen, in: Macharzina, K./ Oesterle, M.-J. (Hrsg.), *Handbuch Internationales Management, Grundlagen – Instrumente – Perspektiven*, Gabler: Wiesbaden, 103–137.

Brixy, Udo; Fritsch, Michael (2002): Die Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. In: M. Fritsch & R. Grotz (Hrsg.), Das Gründungsgeschehen in Deutschland. Darstellung und Vergleich der Datenquellen, Heidelberg: Physica-Verlag, S. 55-78.

Brixy Udo and R. Grotz (2004), Differences of the economic performance of newly founded firms in West and East Germany. In: M. Dowling, J. Schmude, D. zu Knyphausen-Aufsess (ed.), *Advances in interdisciplinary European entrepreneurship research*, Muenster: LIT.

Brown, C., J. Hamilton and J. Medoff (1990), Employers Large and Small. Cambrigde: Harvard University Press.

Davidsson, P. und Delmar, F. (1998): Zur Schaffung von Arbeitsplätzen nach Firmengröße und –alter, *Internationales Gewerbearchiv* 46, 219-234.

Davis, S. J., J.C. Haltiwanger and S.D. Schuh (1996a), Small Business and Job Creation: Dissecting the Myth and Reassessing the Facts, *Small Business Economics 8*, 297–315.

Davis, S. J., J.C. Haltiwanger and S.D. Schuh (1996b), Job Creation and Destruction, Cambridge, Mass.: MIT Press.

Davis, S.J. and J.C. Haltiwanger (1999), On the Driving Forces behind Cyclical Movements in Employment and Job Reallocation, *American Economic Review* 89, 1234-1258.

Deutscher Bundestag (2006), Sechzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2004/2005, Drucksache 16/2460.

Dundler, Agnes; Stamm, Melanie; Adler, Silke (2006): „Das Betriebs-Historik-Panel, BHP 1.0“, FDZ Datenreporte Nr. 3/2006, IAB, Nürnberg

Engel, D. und G. Metzger (2005), Der Beschäftigungsbeitrag von neuen Unternehmen – Empirische Ergebnisse zur Entwicklung der Kohortenbeschäftigung von Unternehmensgründungen im Zeitverlauf, in: Welter, F. (Hrsg.), *Dynamik im Unternehmenssektor: Theorie, Empirie und Politik*, Veröffentlichungen des Round Table Mittelstandes, Band IV, Duncker & Humblot: Berlin, 59-76.

Engel, D. und G. Metzger (2006), Direct Employment Effects of New Firms – Further Empirical Insights Concerning the Regional and Technological Dimension, in: Fritsch, M. and J. Schmude (eds.), *Entrepreneurship in the Region*, ISEN International Studies in Entrepreneurship, Springer: New York, 75-94.

Engel, D., G. Metzger, M. Niefert und Daniel Skambracks (2004), Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen, RWI : Materialien, Heft 11, Essen.

Engel, D., T. K. Bauer, K. Brink, S. Dawn, J. Hartmann, L. Jacobi, T. Kautonen, B. von Rosenblatt, L. Trettin, F. Welter und J. Wiklund (2007), Unternehmensdynamik und alternde Bevölkerung, RWI: Schriften. Berlin: Duncker & Humblot. (erscheint demnächst).

Europäische Kommission (2003), Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der EU, L 124/36, 20. Mai 2003.

Freese, E. (1993), Geschäftssegmentierung als organisatorisches Konzept zur Leitbildfunktion mittelständischer Strukturen für Großunternehmungen, *ZfbF* 45, 999-1024.

Fritsch, M. und A. Weyh, (2004), How Large are the Direct Employment Effects of New Businesses? – An Empirical Investigation, *Freiberg Working Papers*, No. 5.

Fritsch, M. und P. Müller (2004), Effects of New Business Formation on Regional Development over Time, *Regional Studies* 38, 961-975.

Günterberg, B. und H. Wolter (2002), Mittelstand in der Gesamtwirtschaft – Anstelle einer Definition, Unternehmensgrößenstatistik 2001/2002 – Daten und Fakten, Bonn.

Harrison, B. (1994a), Lean and mean. The Changing landscape of corporation power in the age of flexibility. New York: Basic Books.

Harrison, B. (1994b), The small firm myth, *California Management Review* 36, 142–158.

Kirzner, I.M. (1997), Entrepreneurial discovery and the competitive market process: An Austrian approach, *Journal of Economic Literature* 35, 60–85.

Meinken, H. und I. Koch (2004), BA-Beschäftigtenpanel 1998-2002, Codebuch, IAB, Nürnberg.

Monopolkommission (2002), Netzwettbewerb durch Regulierung, Vierzehntes Hauptgutachten, Kurzfassung, http://www.monopolkommission.de/haupt.html [7.4.2006].

OECD (1987), The Process of Job Creation and Job Destruction, Employment Outlook, 97-124.

Schumpeter, J.A. (1934), The Theory of Economic Development, Oxford 1911, Nachdruck 1934.

Schumpeter, J.A. (1942), Capitalism, Socialism, and Democracy, New York.

Strotmann, H. (2000), Kleine und mittlere Betriebe als Motoren des Beschäftigungswachstums in der baden-württembergischen Industrie von 1995 bis 1998? Ergebnisse einer Analyse mit amtlichen Betriebspaneldaten, Beiträge zum dritten statistischen Kolloquium des Statistischen Landesamtes, Materialien und Berichte, Heft 25.

Turk, F. (2002), " Der Mittelstand als Beschäftigungsmotor, Fakt oder Fiktion?", in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 28, 3, S. 254-271.

Wagner, J. (1994), Arbeitsplatzdynamik, Firmenwachstum und Betriebsgründungen in der niedersächsischen Industrie - Ergebnisse empirischer Untersuchungen mit Betriebsdaten Neues Archiv für Niedersachsen, Heft 1/1994, 39-51.

Wagner, J. (1997), Firm Size and Job Quality: A Survey of the Evidence from Germany, *Small Business Economics* 9, 411-425.

Wagner, J. (2002), Arbeitsplatzdynamik in den Industriebetrieben in Mecklenburg-Vorpommern 1995–1998. Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern (2001) 1: 15–22.

Wagner, J. (2007), Jobmotor Mittelstand? Arbeitsplatzdynamik und Betriebsgröße in der westdeutschen Industrie, University of Lüneburg Working Paper Series in Economics No. 47

Weyh, A. (2006), What Characterizes Successful Start-Up Cohorts?, in: Fritsch, M. and J. Schmude (eds.), *Entrepreneurship in the Region*, ISEN International Studies in Entrepreneurship, Springer: New York, 61-74.

Anhang

Tabelle A-1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Größenklassen

	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten					
	Westdeutschland					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	3.773.734	4.689.716	2.242.668	2.966.290	2.119.629	5.341.260
1995	3.785.388	4.674.897	2.245.573	2.915.549	2.071.379	5.062.807
1996	3.803.353	4.669.503	2.256.142	2.925.950	2.077.949	4.812.326
1997	3.803.252	4.642.951	2.256.926	2.902.181	2.062.005	4.636.844
1998	3.798.650	4.607.378	2.249.694	2.887.344	2.066.847	4.602.404
1999	3.859.364	4.657.099	2.289.750	2.940.243	2.090.862	4.562.278
2000	3.932.674	4.779.648	2.353.974	3.029.677	2.156.406	4.579.005
2001	3.956.309	4.840.706	2.402.688	3.080.723	2.182.001	4.648.955
2002	3.935.283	4.820.125	2.403.555	3.079.055	2.184.342	4.588.883
2003	3.892.317	4.739.390	2.358.409	3.072.897	2.126.649	4.530.040
2004	3.840.690	4.669.807	2.336.504	3.038.278	2.099.314	4.470.783
2005	3.792.489	4.585.634	2.306.356	3.008.727	2.056.933	4.349.762
	Ostdeutschland					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	1.033.070	1.432.935	682.724	875.486	595.978	1.456.246
1995	1.084.300	1.518.783	697.186	843.830	556.249	1.332.446
1996	1.109.076	1.551.977	693.184	847.481	540.677	1.176.694
1997	1.113.079	1.534.170	700.572	795.496	511.784	1.058.206
1998	1.135.203	1.493.706	675.410	771.886	494.898	988.759
1999	1.185.532	1.477.802	670.732	765.109	505.126	952.084
2000	1.177.634	1.480.956	673.940	799.225	496.305	913.518
2001	1.141.325	1.433.756	667.452	786.307	491.795	875.695
2002	1.098.046	1.363.218	648.763	767.913	479.736	827.056
2003	1.071.990	1.318.262	632.991	749.353	469.891	769.908
2004	1.048.034	1.289.888	625.356	738.136	465.226	731.700
2005	1.022.929	1.245.442	612.759	730.159	445.799	692.557

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Tabelle A-2 Betriebe nach Größenklassen in Westdeutschland

	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten					
	Westdeutschland					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	1.369.418	232.787	32.358	19.446	6.163	4.207
1995	1.382.956	232.213	32.385	19.135	6.032	4.063
1996	1.397.502	231.920	32.567	19.175	6.043	3.891
1997	1.404.099	230.496	32.582	19.067	5.981	3.750
1998	1.415.017	228.464	32.449	18.971	6.016	3.727
1999	1.458.068	230.384	33.005	19.318	6.077	3.754
2000	1.479.593	236.437	33.931	19.998	6.275	3.795
2001	1.482.445	238.999	34.669	20.294	6.363	3.843
2002	1.473.897	237.861	34.629	20.284	6.348	3.792
2003	1.458.688	233.786	34.004	20.239	6.184	3.722
2004	1.438.046	230.598	33.654	20.039	6.112	3.690
2005	1.433.804	226.091	33.236	19.870	5.984	3.600
	Ostdeutschland					
	1-9	10-49	50-99	100-249	250-499	> 500
1994	377.687	70.194	9.857	5.775	1.718	1.191
1995	391.617	74.683	10.089	5.611	1.610	1.108
1996	397.628	76.129	10.021	5.620	1.575	999
1997	400.445	75.446	10.123	5.287	1.500	916
1998	427.242	73.586	9.806	5.148	1.439	868
1999	463.477	72.807	9.717	5.091	1.478	824
2000	456.986	72.503	9.772	5.288	1.435	804
2001	438.005	69.842	9.663	5.206	1.429	792
2002	423.651	66.468	9.408	5.098	1.404	741
2003	413.513	64.272	9.177	4.977	1.374	705
2004	402.343	62.884	9.066	4.913	1.353	683
2005	395.447	60.556	8.872	4.875	1.306	648

Quelle: Beschäftigtenhistorik des IAB, Eigene Berechnungen mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).